

## Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Kreistag Stendal
Sitzungsdatum:	Donnerstag, den 16.12.2010
Sitzung Nummer:	11 ( KT/11/2010)
Sitzungsdauer:	17:02 - 18:55 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

---

Lothar Riedinger  
Vorsitzender

---

Gabriela Grimm  
Protokollführerin

---

### Anwesend:

#### Vorsitz

Herr Lothar Riedinger

#### Mitglieder

Herr Günter Bartels

Herr Dr. Jörg Böhme

bis 18.25 Uhr

Herr Gerhard Borstell

Frau Edith Braun

Herr Detlef Braune

Herr Uwe Classe

Herr Gerald Eisenhut

Herr Jürgen Emanuel

Herr Marcus Graubner

Herr Hardy Peter Güssau

ab 17.22 Uhr - 18.35 Uhr

Herr Horst Janas

Herr Ernst Jesse

Herr Rüdiger Kloth

ab 17.24 Uhr

Herr Norbert Krebber

Herr Peter Krüger

Herr Dr. Michael Kühn

Herr Wolfgang Kühnel

Frau Katrin Kunert

Herr Dr. Rudolf Opitz

Frau Christine Paschke

Herr Bernd Prange

ab 17.24 Uhr

Herr Hartmuth Raden

Herr Detlef Radke

Herr Günter Rettig

Herr Dr. Henning Richter-Mendau

Herr Gerd Schlaak

Herr Waldemar Schreiber

Herr Eduard Stapel

Herr Tilman Tögel

Herr Eike Trumpf

Frau Ulrike Weis

Herr Torsten Werner

Herr Frank Wiese

Herr Bernd Witt

bis 18.30 Uhr

Herr Peter Zimmermann

von der Verwaltung

Herr Jörg Hellmuth  
Frau Annemarie Theil  
Herr Carsten Wulfänger

**Abwesend:**

Mitglieder

Herr Arnold Bausemer  
Herr Ralf Bergmann  
Herr Ralf Berlin  
Herr Dieter Bolle  
Herr Uwe Klemm  
Herr MR Dr. Volkmar Lischka  
Herr Herbert Luksch  
Herr Klaus-Peter Noeske  
Frau Dr. Helga Paschke  
Herr Tiemo Schönwald  
Herr Nico Schulz  
Herr Norbert Tanne

**Tagesordnung:**

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
- 2 Einwohnerfragestunde
- 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreistagsmitglieder und der Tagesordnung
- 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Stendal am 18.11.2010
- 5 Information des Landrates über den aktuellen Stand der Umstellung des ÖPNV, insbesondere in der Schülerbeförderung
- 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen  
- 2. Lesung und Beschlussfassung -  
Vorlage: 190/2010
- 7 Aufhebung des Kooperationsvertrages der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur Zusammenarbeit im Elbetal (KAG)  
Vorlage: 200/2010
- 8 Auflösung des Zweckverbandes "Naturpark Colbitz- Letzlinger Heide"  
Vorlage: 201/2010
- 9 Resolution zum Referentenentwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes  
Vorlage: 202/2010
- 10 Geschäftsordnung des Kreistages Stendal  
Vorlage: 207/2010
- 11 Entsendung eines neuen Vertreters des Landkreises Stendal in die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal mbH (GfAuS)  
Vorlage: 203/2010
- 12 Örtlicher Beirat der gemeinsamen Einrichtung im Landkreis Stendal  
hier: Benennung von Mitgliedern des Kreistages in den ehrenamtlichen Beirat (ARGE-Beirat/Jobcenter) - Austauschvorlage -  
Vorlage: 209/2010
- 13 Anfragen und Hinweise

---

## Protokoll

### **zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende des Kreistages, Herr Riedinger, eröffnet um 17.02 Uhr die 11. Sitzung des Kreistages Stendal und begrüßt die Anwesenden.

### **zu TOP 2 Einwohnerfragestunde**

Zum wiederholten Male stellt Herr Pietschmann Fragen zur allgemein bekannten Thematik. U. a. bezieht er sich auf seinen Einschreibebrief an den Landrat vom 11.03.2010 und fordert, dass dieser Brief vom Landrat bis Montag beschieden wird.

Der Landrat antwortet, ich werde prüfen, ob die Bescheidforderung berechtigt ist. Wenn sie berechtigt ist, bekommt Herr Pietschmann am Montag Bescheid.

### **zu TOP 3 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit, der fehlenden Kreis- tagsmitglieder und der Tagesordnung**

Der Vorsitzende stellt fest:

- die Ladung zur heutigen Kreistagssitzung erfolge frist- und ordnungsgemäß am 3. Dezember 2010,
- der Kreistag ist beschlussfähig (es sind 36 Mitglieder des Kreistages anwesend – siehe Seite 1 Anwesenheitsliste).

Zur vorliegenden Tagesordnung bestehen keine Wortmeldungen.

Einstimmig bestätigt der Kreistag die Tagesordnung.

### **zu TOP 4 Feststellung des öffentlichen Teils der Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Stendal am 18.11 2010**

Der Vorsitzende bemerkt, dass beim Kreistagsvorstand und beim Landrat keine Einwende gegen die Niederschrift eingegangen sind.

Es bestehen auch jetzt keine Wortmeldungen.

Damit stellt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Niederschrift der 10. Sitzung des Kreistages Stendal am 18.11.2010 fest.

## **zu TOP 5 Information des Landrates über den aktuellen Stand der Umstellung des ÖPNV, insbesondere in der Schülerbeförderung**

Aufgrund der Tatsache, dass am Dienstag dieser Woche im Schulausschuss sehr ausführlich und konkret die vorgenommenen Veränderungen der letzten Tage und Wochen dargelegt worden sind, möchte der Landrat seine Information heute vor dem Kreistag verkürzt darstellen:

Hauptschwerpunkte seit der letzten Sitzung vor 4 Wochen waren Pünktlichkeit, Anschlusssicherung und volle Busse. Hier haben wir in den letzten 3 Wochen wesentliche Änderungen vornehmen können. Nach wie vor ist es aber so, dass Buslinien vereinzelt nicht pünktlich sind. Die Ursachen hierfür werden z. Z. gemeinsam mit dem Unternehmen konkret untersucht, abgesprochen und abgestellt.

Es sind zahlreiche Verstärkerbusse eingesetzt worden, so dass ein Großteil der übervollen Busse der Vergangenheit angehören. Aber auch hier werden wir in den nächsten Tagen und Wochen noch einige Untersuchungen durchführen und wenn erforderlich, Veränderungen vornehmen.

Um die Anfangs- und Endzeiten der Busfahrten zusammen zu fassen und um zu gewährleisten, dass die Schüler, insbesondere die Grundschüler, kürzere Schultage haben, ist gemeinsam mit dem Unternehmen eine Überplanung vorgenommen worden. Dies haben wir im Einzelnen vorgestern im Schulausschuss vorgestellt. Das ist insbesondere das Ergebnis der Gesprächsrunden innerhalb der Gemeinden. Der dazu entsprechend geänderte Fahrplan wird morgen erstellt und am Wochenende ausgehangen. Spätestens Montag früh geht er an die Schulen, sodass noch die zwei Schultage vor den Weihnachtsferien Zeit ist, um alle Schulen und alle Schüler rechtzeitig zu informieren. Die Veränderungen werden am 10. Januar in Kraft treten, sodass man den 7. Januar als kleinen Puffer hat, der ja schon ein Schultag ist, falls es noch Fragen oder Unstimmigkeiten gibt, die entsprechend abzarbeiten. Im Januar haben wir uns ausdrücklich vorgenommen, die Einhaltung aller Veränderungen zu kontrollieren. Es hat entsprechende Gespräche mit der gemeindlichen Ebene gegeben, dass wir evtl. die Zuordnung der Schüler zu einzelnen Bussen konkret vornehmen, um eine bessere Aufteilung zu haben bzw. um auch hier besser zu informieren.

Stichwort war auch der ÖPNV. Seit dem 1. November hat man sich natürlich hauptsächlich auf den Schülerverkehr konzentriert. Ab Januar werden wir beginnen, im ÖPNV einige Veränderungen vorzunehmen. Ein Großteil der eingegangenen Briefe und Anfragen, die aus dem Kreis unserer dörflichen Bevölkerung heran getragen wurden beinhalten, nach Möglichkeit die Einkaufsfahrt am Vormittag mit einer festen Linie wieder einzurichten. Vom Grundsätzlichen ist das schon vorbereitet und soll Schritt für Schritt Anfang des Jahres für einzelne Bereiche umgesetzt werden.

Falls es weitere Knackpunkte gibt, werden wir versuchen, diese nach den Winterferien umzusetzen.

In den letzten Wochen sind eine Vielzahl an Gesprächen geführt worden, insbesondere mit den Gemeinden und Schulen. Aber auch mit unseren Partnern aus Salzwedel stehen wir im sehr engen Kontakt und können entsprechende Hinweise und Hilfestellungen hier in Anspruch nehmen. Für den Schuljahresbeginn 2011/2012 haben wir uns vorgenommen, schon im März/April die ersten Gespräche auf gemeindlicher Ebene durchzuführen, um die Veränderungen, die vorgenommen werden müssen, zu gewährleisten. Wir wollen es rechtzeitig abstimmen, auch das sich die Schüler- und Elternvertreter dort mit einbezogen fühlen.

In der nächsten Woche werden wir mit dem Unternehmen konkrete Gespräche und Verhandlungen führen. Wenn es Mehraufwand gegeben hat, muss geklärt werden, wer ihn zu tragen hat. Entweder das Unternehmen oder der Landkreis. Dazu gibt es konkrete Überlegungen, dass man das eine oder andere am ÖPNV kompensiert, sodass uns kein zusätzlicher finanzieller Aufwand entsteht. Mit den aktualisierten Unterlagen zum Haushaltsplan haben wir eine gewisse Summe eingeplant, um die Mehraufwendungen auszugleichen. Wir versehen es mit einem politischen Sperrvermerk. In der nächsten Sitzung des FHLA im Januar ist angedacht, den Mitgliedern des Finanzausschusses die konkreten Auswirkungen der Veränderungen darzustellen, weil das Unternehmen natürlich auch eine gewisse Sicherheit haben möchte.

Das sind aus meiner Sicht die wesentlichen Veränderungen. Ich denke, es ist eine spürbare Entspannung der Situation eingetreten. Aber trotzdem sagen wir, wir wollen nicht locker lassen, wir wollen weiter daran arbeiten, optimieren und wollen weitere Veränderungen vornehmen. Was ich aber auch ganz klar sagen muss ist, es wird

keine Rückkehr zum alten System geben. Und wir können auch nicht einen Sitzplatz für jeden Schüler zu jeder Zeit garantieren.

Frau Braun möchte sich den Worten des Landrates dahingehend anschließen, das er festgestellt hat, dass wir im Schulausschuss ein Resümee dafür ziehen konnten, dass wirklich ein großes Stück Arbeit zu Gunsten und zum Wohle der Schülerbeförderung, für unsere Kinder also, bewältigt wurde. Und das war das positivste Ergebnis der letzten 6 Wochen, das ich erleben durfte. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen Elternvertretungen, Eltern, Schulleitern und Lehrern, die sich eingebracht haben, aber auch bei den Mitarbeitern der Kreisverwaltung Frau Theil, Herrn Ulbrich, Frau Bollfraß und natürlich auch bei dem Geschäftsführer und den Mitarbeitern von stendalbus recht herzlich bedanken, denn die letzten Wochen haben ja gezeigt, dass die dezentralen Veranstaltungen zu dem Problem die entscheidenden Lösungen gebracht haben. Es freut mich deshalb so besonders, weil das ein Ausdruck der gelebten Demokratie unserer Gegenwart gewesen ist. Wenn es auch anfänglich sehr schmerzhaft war. Aber durch diese Gespräche wurden doch viele Probleme dargestellt, die nicht nur die Beförderung betreffen. Zur Sprache kamen Sicherheitsfragen, die Problematik der Buswartehallen, die zum Teil nicht da sind oder nur unzureichend, die Ausstiege, die nicht sicher genug sind und auch die Fragen der Ordnung und Sicherheit hinsichtlich der Disziplinierung der Kinder etc. Ich bin sehr dankbar, dass wir heute vor Weihnachten hier sagen können, dass sich vieles entkrampft hat und das vieles jetzt schon funktioniert. Ich muss aber auch sagen, dass wir noch nicht am Ende unseres Weges sein können. Der 10. Januar ist unsere Marschrouten. Da wird es sich zeigen, ob wir die 6 – 8 Wochen genutzt haben, um alle Mängel abzarbeiten. Und wie versprochen vom Landrat und vom Kreistag kann ich den Eltern versichern, dass wir auch weiterhin an dieser Problematik arbeiten werden. Nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden kann. Aber ich muss auch sagen, und da teile ich die Auffassung des Landrates, zum alten System werden wir nicht zurück müssen, weil durch stendalbus und durch diese Umstrukturierung meines Erachtens die Gewährleistung geboten wird, dass die Schülerbeförderung und der ÖPNV in hoher Qualität erfolgen kann. Dessen bin ich Gewiss und auch sehr zuversichtlich.

Herzlichen Dank an alle Beteiligten! Ich rufe alle Eltern und Elternvertreter auf, sich auch weiterhin einzubringen und sich zu melden, denn nur so können wir die Mängel kurzfristig auf den kurzen Verwaltungswegen abbauen und verändern. Mich hat sehr beeindruckt, dass trotz der Brisanz der Lage und der Emotionen, die dabei hoch gekommen sind, es immer eine faire und sachliche Auseinandersetzung war, sowohl in den dezentralen Aussprachen wie auch im Fachausschuss. Alle waren bemüht, das Beste zu tun. Elternvertreter sind im letzten Schulausschuss aufgestanden und haben sich bei allen Akteuren für die gute Zusammenarbeit bedankt und das Wort der Eltern Gehör gefunden hat. Das fand ich sehr schön und das bekommt man auch nicht alle Tage zu hören. Ich möchte diesen Dank an die Mitglieder des Kreistages weiter geben. Ein schöneres Lob vor Weihnachten können wir für unsere Arbeit nicht bekommen.

Herr Raden bemerkt, dass natürlich eine wichtige Seite unseres Öffentlichen Personennahverkehrs ist, dass die Schüler morgens pünktlich und zuverlässig in die Schule kommen und so schnell als möglich nachmittags wieder zurück in ihr Heim. Eine andere Seite beschäftigt mich aber mindestens genauso. Und das ist die Seite der Geschäftsleute in den Zentren. Der Landrat hat eben angeführt, dass Schritt für Schritt ab Januar dafür gesorgt werden soll, dass auch der Jedermannverkehr wieder verbessert wird. Und das halte ich unter dem Gesichtspunkt, dass wir jetzt die Weihnachtszeit haben und ein großer Umsatz der Einzelhändler gerade in dieser Zeit getätigt wird, eigentlich als fast schon zu spät. Wenn wir jetzt Schritt für Schritt heran gehen, dann ist das für mich zu langsam. Es muss relativ schnell passieren. Ich will nicht sagen, innerhalb einer Woche und das gleich im Januar. Es gibt Geschäftsleute, die zu mindestens in Osterburg, und dafür kann ich jetzt nur sprechen, mit den Nerven blank liegen, die auch teilweise nicht wissen, wie sie mit den Umsatzrückgängen, die zwischen 10 und 20 % liegen, zurecht kommen können. Da müssen wir sehen, dass wir schnellstmöglich diese Regelung finden. Wenn ich jetzt andere Bürgermeister-Kollegen anucke, vermute ich mal, dass es dort ähnlich ist. Diese Zentren müssen wieder zuverlässig ihre Bürger aus dem Umland dorthin transportiert bekommen, müssen entweder Verstärkerbusse bekommen oder eine andere Regelung. Wir können jetzt auch nicht sagen, unser Personal lässt es nicht zu, wir müssen vielleicht noch Monate daran herum laborieren. Das muss kurzfristig geregelt werden. Und darum bitte ich den Landrat. Wir müssen ebenfalls an die Geschäftsleute denken. Auch von deren Leistungen leben wir. Deshalb bitte schnell dafür sorgen, dass auch dieser Busverkehr geregelt wird und in Absprache. So wie wir den Kontakt zu den Eltern und den Schulen gesucht haben, muss es auch Gespräche mit den zentralen Orten über Termine geben, dass wir nicht nur den Dienstag und den Donnerstag als vorrangig ansehen, sondern vielleicht auch noch einen Freitag oder einen Sonnabend jeweils in der Woche dazu nehmen. Aber das muss abgesprochen werden.

Herr Graubner möchte für die Gruppe Menschen mit Behinderungen sprechen, die große Befürchtungen hat, dass sich die Qualität des ÖPNV verschlechtert. Verbinden möchte ich es mit einem Dank an den Landrat, dass er so schnell in seinem Haus reagiert hat und die Dinge offensichtlich hier im Fluss sind und geregelt werden. Ich möchte aber ausdrücklich sagen, dass die Menschen, für die ich sprechen darf, nur die Möglichkeit des Öffentlichen Nahverkehrs haben. Wir wissen, dass wir ein Flächenkreis sind. Darum bitte ich, möglichst schnelle Abhilfe zu schaffen. Es gibt Befürchtungen, die aber auch teilweise durch die Berichte in der Presse diffus sind. Ich bitte darum, auch mit diesem Personenkreis noch einmal verstärkt Kontakt aufzunehmen. Für den Bereich Menschen mit Behinderungen biete ich mich als Kontaktperson an, damit es dort zu vernünftigen Lösungen kommt. Im Vordergrund steht aber für mich ein Dank an den Landrat, dass hier reagiert worden ist.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

**zu TOP 6 Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen**  
**- 2. Lesung und Beschlussfassung -**  
**Vorlage: 190/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Der Landrat führt aus, dass in den zurückliegenden Wochen sehr ausführlich und intensiv in allen Ausschüssen und Fraktionen der Haushaltsplanentwurf vorgestellt und diskutiert worden ist. In den letzten Tagen hat man noch einige aktuelle Änderungen vornehmen müssen. Unser Ziel war und ist es, noch im alten Jahr den Plan für das neue Jahr zu beschließen, um so schnell als möglich handlungsfähig zu sein, denn trotz der vielen Probleme haben wir noch einige Investitionen, die dann, wenn eine entsprechende Genehmigung vorliegt, auf den Weg gebracht werden.

Grundlage unseres Planentwurfes ist natürlich das aktuelle Finanzausgleichsgesetz und insbesondere die Vorgaben unseres Haushaltskonsolidierungskonzeptes. Das aktuelle haben wir ja erst kurz vor der Sommerpause im Juni beschlossen.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen auf die aktuellen Veränderungen in den einzelnen Bereichen konzentrieren. Im Verwaltungshaushalt sind es die 250 T€ für den ÖPNV. Für die Bürgerarbeit in Havelberg haben wir eine aktuelle Zahl eingenommen, einen sogen. Sachkontenanteil, so wie es schon vor 1 1/2 Jahren beim Kommunalen Kombi durchgeführt wurde. Hier ist es ja eine Art Durchlauf. Um diese Summe können die KdU-Kosten gesenkt werden.

Der Hauptknackpunkt und strittige Punkt ist natürlich die Erhöhung der Kreisumlage. Einerseits haben wir uns streng an die Kriterien des Konsolidierungskonzeptes gehalten. Andererseits ist es, was den absoluten Betrag betrifft, natürlich eine Erhöhung im erheblichen Umfang, der zu einer zusätzlichen Belastung unserer gemeindlichen Brüder und Schwestern führt. Wir werden das erste Mal einen Überschuss erreichen, den wir entsprechend des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zum Abbau unseres Defizits im Verwaltungshaushalt nutzen wollen. Nach den Diskussionen in den Fraktionen und Ausschüssen haben wir uns noch einmal an das Landesverwaltungsamt gewandt und haben gestern Abend vorab per Fax eine erste Antwort erhalten. Und es ist so, wie es eigentlich fast zu befürchten war - momentan sieht man keine Veranlassung, vom strengen Kurs abzuweichen. Wenn das Schreiben offiziell bei uns eingegangen ist und nachdem wir es unter die Lupe genommen haben, weil dort auch Ausführungen zur Doppik gemacht worden sind, werden wir uns Anfang Januar im Finanzausschuss damit konkret beschäftigen.

Die Haushaltssituation betreffend hat unsere Kommunalaufsicht Anfang der vorigen Woche damit begonnen, die gemeindliche Ebene abzufragen. Wir haben uns heute einen kurzen Zwischenstand geben lassen. Hier ist es so, dass 28 Gemeinden für das nächste Jahr noch keinen Haushaltsplan-Entwurf eingereicht haben, sodass keine belastbare Antwort vorliegt.

Wer sich die mittelfristige Konsolidierung noch einmal aktuell angeschaut hat, hat sicherlich auch gesehen, dass wir für die Planung des Jahres 2012 um den absoluten Betrag, den wir für das Jahr 2011 die Kreisumlage erhöhen, ihn für das Jahr 2012 absenken wollen. Nächstes Jahr wird für uns das Jahr der Wahrheit werden. Wir

können dann feststellen, inwieweit der Aufschwung bei uns gegriffen hat. Konkret was die Gewerbesteuererhöhungen betrifft. Es wird auch die Novelle des FAG vorliegen, wo wir fordern, dass der ländliche Raum nicht abgehängt, sondern gestärkt wird.

Zum Vermögenshaushalt: Hier ist es eine zweischneidige Sache. Die Summe hört sich zwar gewaltig an. Aber das, was an Investitionen übrig bleibt, ist dann nicht mehr so groß. Der Entwurf sieht einen Neukredit von 1,15 Mio. € vor. Auf der anderen Seite die Tilgung von 1,32 Mio. € Warum erwähne ich das? Es könnte evtl. ein kleiner Unsicherheitsfaktor bei der Genehmigung werden. Eigentlich dürfen keine Neukredite aufgenommen werden, wenn man in der Konsolidierung ist. Durch die Sondersituation der K II-Mittel hat man das ein bisschen aufgeweicht. Weil wir auf Grund der höheren Tilgung einen Abbau dokumentieren, hoffen wir, dass wir eine Genehmigung bekommen. Vollständigkeitshalber will ich die drei Schwerpunktvorhaben noch einmal nennen: die Sekundarschule in Havelberg mit 2,082 Mio. € die Sekundarschule in Osterburg mit 1,880 Mio. € und für den Straßenbau 1,917 Mio. €

In den letzten Wochen ist auch sehr intensiv das Programm STARK II diskutiert worden. Der Haushaltsplan-Entwurf sieht vor, dass sich der Landkreis im nächsten Jahr mit 10,3 Mio. € daran beteiligt. Nach dem jetzigen Stand kann der Landkreis Stendal für die nächsten Jahre insgesamt über 30 Mio. € dieses Programms in Anspruch nehmen. Ca. ein Drittel wird als Kredit sofort gestrichen und der Rest über Sondertilgungskonditionen in den nächsten Jahren abgebaut. Hier sind wir mit dem Land in Verhandlungen, dass man vielleicht im Laufe der Jahre von den strengen Kriterien der Konsolidierung ein Stück weit abweicht. Über den Verband ist man dabei, es konkret darzustellen. Nicht dass die Landkreise, die die ärmsten sind, am Programm gar nicht teilnehmen können, weil sie die zusätzlichen Tilgungsleistungen über die nächsten 5 Jahre nicht aufbringen können. Hier hat selbst unser Ministerpräsident Unterstützung und Hilfe zugesagt.

Ich weiß, dass es schmerzhaftes Einschnitte sind. Trotzdem würde ich Sie ausdrücklich bitten, diesem Plan-Entwurf seine Zustimmung zu geben.

Herr Rettig sagt, man stellt auf den ersten Blick fest, dass der strukturelle Fehlbetrag voraussichtlich 2,67 Mio. € niedriger sein wird als 2010. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung wird nur um fast zu vernachlässigende 22 T€ verfehlt, was die Hoffnung keimen lässt, dass wirklich diese Konsolidierung bis 2017 zu realisieren ist. Nach der ständigen Reduzierung der prozentualen Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft erhöht sich diese auf nun evtl. 24,5 %. Das heißt, die Eigenbeteiligung des Landkreises sinkt voraussichtlich auf 6,6 Mio. € Positiv ist, dass die Zuschüsse des Verwaltungshaushaltes an Dritte sowie freiwillige Leistungen in annähernd gleicher Höhe eingeplant werden und das geplante 5,4 Mio. € Investitionen in den Schulen des Landkreises und 1,9 Mio. € im Straßenbau dazu dienen, bereits begonnene Vorhaben fortzusetzen oder neu in Angriff zu nehmen. Und das alles, obwohl die Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz wiederum um 300 T€ reduziert werden, nachdem der Landkreis bereits in den letzten drei Jahren gut 1 1/2 Mio. € an Zuweisungen verlor.

Bedenklich, und das sollte man nicht aus den Augen verlieren, ist, dass fast 47 % des Verwaltungshaushaltes für Soziales aufgewendet werden müssen. Dabei verzeichnen wir z. B. Mehrausgaben für die Grundsicherung im Alter in Höhe von 400 T€ Eine Tendenz, die sich in den folgenden Jahren verstärkt fortsetzen wird, da immer mehr Langzeitarbeitslose in die vorgezogene Rente eintreten und somit auch noch erhebliche Abschläge von einer schon geringen Rente hinnehmen müssen. Stablen Zahlen im Bereich des Jugendamtes bzgl. der Zuschüsse für Kindereinrichtungen in Höhe von 1,9 Mio. € stehen bedenklich steigende Fallzahlen, nämlich 600 zum Vorjahr, gegenüber. Nicht die Summe ist gestiegen, aber die Fallzahlen. Und dies betrifft vor allem Eltern mit geringem Einkommen, die trotz beruflicher Tätigkeit Anspruch auf Erstattung haben. Und da passt es natürlich rein, wenn in der Zeitung zu lesen ist, dass das größte und modernste Zellstoffwerk Europas nur 78 % des Lohnes zahlt, der im Flächentarifpapier Ost verankert ist. Und das ist bezeichnend und kein Einzelbeispiel. Wie unsicher auch die Arbeitsmarktsituation ist, machen die Zahlen des Monats November deutlich. Entgegen dem Bundes- und Landestrend ist in unserem Landkreis die Zahl der Arbeitslosen nicht gesunken, sondern gestiegen. Und was viel schlimmer ist, dass Schweizer Forschungsinstitut prognostiziert unseren Landkreis hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Perspektiven unter den 412 Landkreisen und kreisfreien Städten Deutschlands auf Platz 405 ein. Und damit auf den letzten Platz Sachsen-Anhalts.

Der Haushaltsentwurf beinhaltet eine Erhöhung des Zuschusses der Betriebskostenhilfe an Verkehrsunternehmen. Diesem Betriebskostenzuschuss in Höhe von 250 T€ ist natürlich unbedingt der Vorrang zu geben gegenüber dem Vorschlag der Kultusministerien, dass die Eltern ihre Kinder selbst zur Schule bringen sollen. Hatte ich in der aktuellen Debatte noch gefragt, welchen Einfluss denn eine Kultusministerin bei uns hier im Landkreis

haben könnte, werden diese Äußerungen bestimmt auch die Erwartungen von Herrn Schulz und Herrn Güssau bei weitem übertroffen haben. Wir sind jedoch der Auffassung, dass die Notwendigkeit dieser zusätzlichen Mittel durch das Unternehmen unabdingbar nachgewiesen werden muss.

Ich habe eine Frage an den Landrat: In Ihrer Stellungnahme zum Rechnungsprüfungsbericht 2009 bzgl. der Rekultivierungsrücklage legten Sie dar, dass diese bei einem Geldinstitut angelegt werden sollen, wenn die Zinsen für die Geldanlage um 0,5 % höher ausfallen als die Zinsen für Kassenkredite. Im Interesse der Gebührenzahler sollten Sie darüber berichten, wie der Stand ist. Und wenn heute nichts ausschlaggebendes dazu zu sagen ist, wie die Verzinsung der Rekultivierungsrücklage gegenwärtig ist und welchen Zinssatz der Landkreis für die Entnahme zahlt, sollten diese Fragen unbedingt in der gemeinsamen Sitzung des Kreis-, Vergabe- und Personalausschusses und des Finanzausschusses im Monat Januar beantwortet werden.

Wie will der Landkreis nun trotz der dargestellten Situation den Haushalt 2011 realisieren? Der Landrat sagte, es gibt einen Knackpunkt. Mit dem gehen wir erst einmal mit. Die Mindereinnahmen will der Landkreis über die Kreisumlage zumindest teilweise kompensieren. Wir wissen alle, es ist eine Maßnahme, die eindeutig zu Lasten der Kommunen geht. Das bedeutet z. B. für Tangermünde, aber auch für andere Städte, dass erstmals kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden kann. Bis hier, gerade aufgrund der dargestellten Investitionsmaßnahmen, die in den Kommunen greifen, sowohl was die Schulen als auch den Straßenbau betrifft, war unsere Fraktion durchaus noch der Auffassung, dem Haushalt zustimmen zu können.

Nun gibt es aber einen zweiten Knackpunkt, auf den Sie bisher nicht eingegangen sind. Und davon machen wir unabdingbar, ob wir heute zustimmen können oder nicht. Denn mit Datum vom 8. Dezember, genau dem Tag, an dem wir Fraktionssitzung hatten, ging ein Schreiben der Kommunalaufsicht an die Bürgermeister mit der Forderung, und jetzt zitiere ich aus diesem Schreiben: „...Einsparungen bei den freiwilligen Leistungen sind dringend erforderlich. Dazu gehört auch, dass vertragliche Vereinbarungen auf Kündbarkeit geprüft werden. Begründung: In der Haushaltskonsolidierung sei für freiwillige Leistungen ein Wert von 1 % des Verwaltungshaushaltes noch ausreichend, ohne die Lebensfähigkeit der Gemeinden zu gefährden.“ Und das ist ein Punkt, wenn das so im Raum stehen bleibt, können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Ich möchte mich ausdrücklich bei Frau Grewatsch und Herrn Wulfänger bedanken für das, was sowohl in den Ausschüssen als auch in der Fraktion an Anschaulichkeit und Aussagekraft geboten wurde.

Herr Borstell möchte ebenfalls ein Lob an Herrn Wulfänger und Frau Grewatsch geben, dass sie in den Ausschüssen und in den Fraktionen den Haushalt klar und transparent mit aller Offenheit vorstellen. Man spürt auch, dass der Landrat und die beiden Genannten und die daran beteiligt sind, die Dinge real einschätzen und nichts verschleiern. Hier wird alles auf den Tisch gelegt, konsequent mit aller Deutlichkeit, damit man darauf aufbauend eine Entscheidung treffen kann.

Der Soll-Fehlbetrag wird ja nun auf 15,8 Mio. € reduziert. Das heißt also, der Landkreis Stendal macht in diesem Jahr einen strukturellen Gewinn von 2,67 Mio. € Dies ist im Haushaltskonsolidierungskonzept auch so dargestellt. Man ist also auf dem richtigen Weg. Der Abbau der Fehlbeträge hat begonnen. Alles erst einmal theoretisch betrachtet. Die Dinge, die uns zum Vorjahr fehlen, hat der Landrat dargestellt. Es sind die 0,4 Mio. € vom FAG und die 0,6 Mio. € mehr zum Vorjahr beim Personal genannt worden. Die Grundsicherung wurde genannt. Man hat in diesem Jahr Sachkosten einsparen können. Der angesprochene Knackpunkt, die Kreisumlage, führt natürlich dazu, dass so manch einer hier Magenschmerzen bekommt und sich fragt, wie denn die Haushalte in den Kommunen noch aufgestellt werden und die Haushaltskonsolidierungskonzepte greifen sollen. Das ist ja sehr unterschiedlich in den einzelnen Kommunen. Wenn Tangermünde mit einem Fehlbetrag nun arbeiten muss, dann arbeiten andere, wie Tangerhütte, schon lange damit. Uns ist es bisher gemeinsam mit dem Landkreis immer noch gelungen, unsere Konsolidierungskonzepte hinzubekommen und im Rahmen dessen auch die Investitionen durchzuführen. Nun aber vor dem Brocken wird es wohl noch größere Probleme geben. Ich freue mich erst einmal, dass wir von diesen Prozenzthesen abgehen. Die irritieren ganz gewaltig. Der Landkreis Stendal hatte 2006 26 Mio. € In diesem Jahr sind wir bei 37,6 Mio. € angekommen, die im Haushalt als Einnahmen aus der Kreisumlage stehen. Die fallen natürlich in 2012 und 2013 wieder ab. Aber danach geht es wieder im alten Stil aufwärts. Laut Haushaltskonsolidierungskonzept sind wir 2017 hier bei 38,7 Mio. € Die Problematik der Bemessungsgrundlage will ich nicht groß erläutern. Sie ist ja im Finanzausgleichsgesetz im Jahr 2009 verändert worden, sodass bei gleichen Hebesätzen auch die absoluten Beträge steigen. Da kann sich jeder ausrechnen, wie die Belastung mit den Jahren gestiegen ist.



Zum SGB II stellen wir fest, dass wir in diesem Jahr nicht so viele Ausgaben haben. Das ist positiv. Im Plan 2011 sind für KdU-Kosten 29 Mio. € eingestellt. Das liegt daran, dass die Bedarfsgemeinschaften sinken. Dadurch sinkt auch die Eigenbeteiligung des Landkreises, und es wird einiges zum Positiven saldiert. Bei der Jugendarbeit konnten wir von 2003 bis jetzt von den 4,6 Mio. € Heimkosten auf 4,5 Mio. € herunter gehen. Ich hoffe, dass diese Dinge realistisch sind. Hier greifen die 7,9 Mio. € Erziehungshilfen positiv, die der Landkreis dafür ausgibt. Für die Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen sind im Plan 4,5 Mio. € eingestellt. Leistungen, die der Landkreis an die Kommunen lt. Gesetz überführt. Für Erlass/Ermäßigung von Elternbeiträgen sind 1,9 Mio. € vorgesehen.

Die Personalkosten sind ebenfalls ein Aspekt, die in die Konsolidierung ziemlich deutlich einfließen. In 2010 haben wir im Landkreis 715 VbE-Stellen gehabt. Die Stelleneinsparung 2011 im Vergleich zum Vorjahr liegt bei 16. Die Stelleneinsparung liegt im Schnitt der Jahre in der Konsolidierung bei 14,7 Stellen, was eine angenehme Sache ist. Die SPD-Fraktion wird Herrn Wulfänger noch einmal einladen, die Thematik KGSt zu erläutern, damit wir wissen, worüber wir sprechen und hier Bescheid wissen.

Der Schuldendienst ist natürlich auch nicht ganz ohne. Der Kassenkredit, den wir aufnehmen, ist gegenüber dem letzten Entwurf noch einmal reduziert worden. Er liegt jetzt bei 550 T€ Die Zinsen für Darlehen belaufen sich auf 2,12 Mio. € Das sind insgesamt ungefähr 2,765 Mio. € Darlehenszinsen, die wir ausgeben.

Der Plan hält vielfältige Ausgaben vor. Wenn man sie durchguckt, sagt man auch, vieles ist möglich, vieles ist wichtig. Wie kann man sich so etwas aber leisten? So z. B. der Bereich freiwillige Aufgaben. Eben wurde gesagt, dass die Kommunen bloß 1 % ausgeben sollen. Der Landrat hat in der letzten Sitzung darauf hingewiesen, dass man es prüfen will. Die Kommunen liegen im Schnitt bei 5 bis 7 %, die kreisfreien Städte bei 15 % und der Landkreis bei 1,6 % der freiwilligen Aufgaben des Verwaltungshaushaltes. Also für Volkshochschule, Theater, Musikschule und Museen, um nur einige Beispiele zu nennen. Ganz wichtig ist der Kreissportbund, der Kreisleihverkehr, das ZÖNU in Buch oder die Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung. Das sind Dinge, die aufrecht erhalten werden müssen, auch im Rahmen der Konsolidierung. Das hört sich immer einfach an, ist aber schwierig umzusetzen. Außerdem sind die Kosten weiter zu optimieren. Als Beispiel sei hier kurz und knapp Strom, Gas und Versicherung zu nennen. Da haben wir in den letzten Jahren viel getan und eingespart.

Auf Bitten von Herrn Dr. Lischka möchte ich die Problematik der Flugplatzgebühren der Flugplatzgesellschaft Stendal-Borstel ansprechen und sie dem Landrat mitgeben. Herr Dr. Lischka hat letztes Jahr hierüber schon referiert. Unsere Fraktion hatte ja bei der Vorstellung des Haushaltsplanes eine Übersicht. Wir lagen mit anderen vergleichbaren Flugplätzen da gar nicht so verkehrt.

Konsolidierungsziel ist nun 2017. Hier haben wir Ausgaben von 129 Mio. und Einnahmen von 133 Mio. Also ein Plus. Einige von uns werden dieses schöne Erlebnis hier noch mitmachen können. Ich habe mit Herrn Wulfänger diesbezüglich gesprochen. Wenn man so ein Konzept aufstellt, man muss davon überzeugt sein und man muss ein gutes Grundgefühl haben. Man muss nicht spüren, dass man sich selbst etwas vormacht und den anderen, sondern dass man vom Ansatz her überzeugt ist, dass dieses Konzept auch greift. Das wir jedes Jahr neue Bedingungen haben, ist klar. Und das ist ja auch unsere Erfahrung.

Der Vermögenshaushalt ist auch noch möglich, obwohl aufgrund der Problematik keine Kreditaufnahme mehr drastisch gekürzt wird. Es wäre viel mehr in den Schulen und im Straßenbau etc. nötig und notwendig. Die Schwerpunkte hat der Landrat genannt. Ich will auch daran erinnern, dass wir 530 T€ weniger Investitionshilfe bekommen haben.

Die Problematik STARK hat der Landrat hier dargestellt. Sie ist wichtig. Wie sie sich in den nächsten Jahren einstellt, müssen wir abwarten. Die Belastung ist dieses Jahr schon drinne. Das führt natürlich auch zu weiteren Anstrengungen im Rahmen der Haushaltskonsolidierung.

Herr Wiese möchte zunächst von Seiten der Fraktion der Landwirte ebenfalls ein großes Dankeschön an Herrn Wulfänger und Frau Grewatsch sagen. Im Rahmen der Möglichkeiten ist ein ordentlicher Haushalt zusammen gestrickt worden, den sie uns auch sehr gut und intensiv erklärt haben.

Grundsätzlich ist natürlich richtig, Schulden abzubauen. Das können wir absolut nur begrüßen. Aber bevor wir nicht wissen, wie sich im gleichen Atemzug die Kassenkreditschulden der Kommunen entwickeln, werden wir dem Haushalt so nicht zustimmen. Ich verweise auf das Schreiben der Kommunalaufsicht. Was wir hier machen,

ist die Abschaffung der kommunalen Selbstverwaltung, insbesondere im ländlichen Raum. Wir haben dafür überhaupt kein Verständnis. Wenn man sich die Entwicklung der Schülerzahlen anschaut, dann hat der Landkreis Stendal in 2011 noch 8.900 Kinder. Wo wollen wir diesen ländlichen Raum hin entwickeln? Und wenn wir dann das Geld für die paar freiwilligen Aufgaben, die sich überhaupt eine Kommune noch leisten kann, nicht mal zur Verfügung stellen, dann ist das ganz schlimm. Man kann auch die freiwilligen Aufgaben des Landkreises mit denen der Kommunen nicht miteinander vergleichen. Kommunen brauchen da etwas mehr Geld, sonst können sie zum Schluss nicht mal mehr den Rentnern eine Tasse Kaffee ausgeben.

Vergehen dieses ganzen Problems ist natürlich das FAG. Und hier muss ich unseren Landtagsabgeordneten eine schlechte Kommunikation in ihren Fraktionen aussprechen. Leider haben sich die beiden nördlichen Landkreise gegenüber den anderen Landkreisen nicht durchsetzen können. Das man den Flächenfaktor raus genommen hat, ist eine eindeutige Benachteiligung unserer beiden Landkreise. Aber alles nur zu Lasten des ländlichen Raumes, alles zu Lasten der Bürger im ländlichen Raum? Wir Landwirte können dieses so nicht mittragen.

Ein Wort noch zu den 250 T€ die wir zusätzlich in den ÖPNV rein bringen. Das wir es rein bringen, ist absolut richtig. Wir müssen dieses Problem lösen. Es ist aber ein Ergebnis der schlechten und unkorrekten Vorbereitung der Ausschreibung. So viel Anstand und Ehrlichkeit müssen wir uns zugestehen. Es ist ein Ergebnis der Tatsache, was in erster Linie die Verwaltung selbst sich zuzuschreiben hat.

Zu den Personalkosten: Natürlich brauchen wir motiviertes Personal und natürlich brauchen wir eine motivierte Verwaltung, die letztendlich Dienstleister für die Bürger ist. Aber alle wissen wir, wie die demographische Entwicklung aussehen wird. Ich habe schon einmal den Vorschlag unterbreitet, den Satz Lohnkosten pro Einwohner im Jahr 2010 im Landkreis festzunageln und dann mit der demographischen Entwicklung zu gehen. Dann kommen wir auf ein ganz ordentliches Ergebnis der Personalkosten, was auch sozialverträglich geregelt werden kann.

Herr Kühnel bemerkt, dass Herr Wulfänger und Frau Grewatsch heute schon so oft gelobt worden sind. Sie hatten den Auftrag, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Und nur darauf will ich mich kaprizieren und nicht auf das, was im Land falsch gelaufen ist oder sonst etwas. Beide haben uns aufgezeigt, was im Haushalt steht, ist möglich. Wir haben uns nach einem Doppelhaushalt im Land gegen die Vorgaben des Landesverwaltungsamtes gewährt. Unser Haushalt ist nicht genehmigt worden, sondern ist mit Auflagen zurück gekommen. Es liegt in der Logik, wenn wir jetzt nicht nach den Vorgaben handeln, dass wir diesen Haushalt wieder zurück bekommen.

Herr Rettig hat das Schreiben der Kommunalaufsicht angesprochen. Wenn man als Landrat einen Haushalt aufstellt und den hier mehrheitsfähig machen will, ist es natürlich konterproduktiv, wenn man den Gemeinden ein solches Schreiben schickt, in welchem sie verpflichtet werden, ein Prozent freiwillige Leistung zu leisten, selber aber 1,57 Prozent in Anspruch nimmt. Das ist sehr ungeschickt. Sie sind der Landrat. Es ist am besten, wenn Sie sagen, dieses Schreiben ziehe ich zurück. Denn man sollte immer mit gutem Beispiel voran gehen, wenn man so etwas den nachfolgenden Gebietskörperschaften zumutet.

Ich komme noch einmal auf die Ausgangslage zurück. Und Herr Rettig hat sich ja sehr intensiv vorbereitet. Die Zahlen haben wir alle gehört. Wir haben gute und schlechte Nachrichten zu vergeben. Aber wir haben nicht mehr Geld bekommen. Das wissen wir. Wir wissen auch, dass wir bei den freiwilligen Leistungen 2,4 Mio. € weniger Geld ausgeben als vorher. Und diese 2,4 Mio. € sind noch nicht einmal mit der Summe identisch, die wir mit der Erhöhung der Kreisumlage mehr von den Kommunen abfordern. Aber wir brauchen dieses Geld, um unsere Aufgaben und Pflichtaufgaben zu erledigen. Viele der freiwilligen Leistungen sind Vertragsleistungen. Dazu haben wir uns nach langem Ringen hier im Kreistag verpflichtet. Und wenn man die Forderung stellt, sich da noch einmal hinter zu knien und mit Beispiel voranzugehen, dann sollte man auch fairerweise Vorschläge unterbreiten, wo man herangehen möchte.

Das gleiche ist beim Personal anzumerken. Vor ein paar Wochen hat man bei der Diskussion zur Schülerbeförderung dem Landrat vorgeworfen, dass er zuwenig Personal an der Problematik ran gesetzt hat. An manchen Stellen haben wir wirklich ein Erklärungsproblem. Aber wir sind immer auf einem guten Weg gewesen. Wenn man sagt, wir müssen Personal abbauen, soll man aber auch dazu stehen, dass Leistungen dann nicht so zu bringen sind. Auch in der Fläche. Man kann nicht nur die eine Sache fordern, ohne die andere zu lassen.

Dann komme ich auf die nächste Konsequenz. Dieser Haushalt ist ja durch das Landesverwaltungsamt vorgegeben. Durch die letzten 3 Jahre sind wir nicht mehr selber handlungsfähig. Das bedeutet, dass wir den Landrat mit dem genehmigten Haushalt verpflichten, sich für 2012 und 2013 an die Vorgaben zu halten. Und das bedeutet wieder, in der absoluten Summe in 2012 auf 33.275.000 € zurückzugehen und ein Jahr später auf 33.978.000 € Den Kommunen sage ich von hier aus auch, wir hätten uns lieber mit dem Landesverwaltungsamt auf eine andere Regelung verständigt, indem wir dieses Jahr mehr Kredite aufgenommen hätten, um nächstes Jahr nicht soviel runter zu gehen. Aber es ist eine Vorgabe. Die Vorgabe bedeutet, dass sich das Landesverwaltungsamt und der Landkreis die nächsten beiden Jahre auch daran hält.

Die Fraktion der CDU wird mehrheitlich diesem Haushalt zustimmen.

Herr Raden hat sich die alten Schreiben von 2008 angesehen, als die Kommunalaufsicht dem Landkreis sagte, ihr müsst die Gemeinden mehr in die Haftung nehmen und mehr abverlangen. Damals wurde in diesem Schreiben dargestellt, dass im Jahre 2008 6 Gemeinden im Landkreis keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen können. Alle anderen haben Geld. Jetzt muss man natürlich auch feststellen, dass 2008 die anderen auch nicht Geld hatten. Wir haben davon gelebt, dass wir Rücklagen hatten. Diese Rücklagen sind aber mittlerweile bis auf ungefähr 10 Gemeinden aufgebraucht. Das heißt, soviel Gemeinden werden im Jahre 2011 evtl. noch einen ausgeglichenen Haushalt aufstellen. Aber dann ist es auch dort vorbei. D. h., diese Forderung, die von der Kommunalaufsicht seinerzeit aufgemacht wurde, über 50,01 % Hebesatz nachzudenken, geht jetzt ins Leere. Jetzt muss man ein bisschen anders an die Sache herangehen. Die Gemeinden sind eben nicht überproportional reich und die Landkreise landesweit gesehen überproportional arm. Jetzt haben wir eine ganz andere Situation. Da muss man ganz anders herangehen. Wir reden immer davon, dass wir doch ein neues Finanzausgleichsgesetz bekommen. Ja, was bedeutet das? Der Mangel wird jetzt vielleicht anders verteilt. Aber was immer noch unfair ist, wir Gemeinden bekommen Geld und die Landkreise bekommen Geld. Und das Land tut so, dass das Geld, was die Gemeinden bekommen und was der Landkreis erhält, Landkreis und Gemeinden behalten, damit sie ja auskömmlich ihre Aufgaben erfüllen sollen und auskömmlich arbeiten können. Die Forderung von kommunaler Seite, dass die Gemeinden auch mit diesem Geld auskommen, wird ja immer wieder durchbrochen, weil dieser Streit, den wir heute auch wieder führen, ja hier bei uns ausgetragen wird und nicht mit dem Land. Der Streit, was ist jetzt angemessen, was darf der Landkreis den Gemeinden wegnehmen und was darf er nicht wegnehmen, wird hier auf unserer kommunalen Ebene ausgetragen. Und diese Unfairness, das wäre für mich ein Punkt, wo ich sage, da muss das FAG endlich geändert werden, da muss der Landtag endlich den Mut haben, diese Änderung auch durchzusetzen. Wir in Osterburg bekommen allgemeine Zuweisungen von knapp 3 Mio. € Wir geben dem Landkreis 3,2 Mio. € D. h., das Land tut so, als wenn wir im Geld schwimmen. Wenn wir 50 % behalten dürften, dann würden wir einen auskömmlichen Haushalt aufstellen können. Aber wir müssen eben diese 3,2 Mio. € weggeben. Im nächsten Jahr sind es 3,4 Mio. € die alle Gemeinden insgesamt mehr weggeben. Allein die Stadt Stendal wird im nächsten Jahr 2 Mio. € mehr Kreisumlage zahlen als in diesem Jahr. Osterburg knapp 200 T€ Da hilft es mir auch nicht, dass es heißt, na ja, weil die Bedingungen so sind, geht es ein bisschen runter. Aber dann, lt. Konsolidierungskonzept, geht es auch wieder hoch. Ich werde etwas knirschend diesem Haushalt zustimmen. Aber nur unter einer Bedingung: Es muss der Landkreis in den nächsten Jahren auch wirklich beweisen, dass er mit dem Geld auskommt. Dann muss es für die Gemeinden in den nächsten Jahren Fakt sein, dass der Prozentsatz bleibt. Ein weiterer Grund, warum ich zustimmen werde, ist folgender: Das alte Konsolidierungskonzept sah 0,5 % Hebesatz jedes Jahr mehr vor. Das hörte sich ja auch ganz gut an. Für uns in Osterburg speziell bedeutet der neue Hebesatz lt. Konsolidierung, dass wir spätestens im Jahre 2019 die schwarze Null dokumentieren können. Es ist also besser, als mit der alten Regelung.

Die Streitfrage der freiwilligen Leistung hat uns natürlich alle berührt. Osterburg gibt 4 % aus. Nach der Berechnung des Landkreises sogar ein bisschen mehr. Das würde bedeuten, wir sollen statt 600 T€ nur noch 150 T€ ausgeben. Bei der Gesprächsrunde haben wir nachgefragt, ob denn auch solche Faktoren berücksichtigt worden sind wie Bibliotheken und die Aufgaben als zentraler Ort. Osterburg ist Grundzentrum mit Teilfunktion Mittelzentrum. Ist dies bei der Vorgabe berücksichtigt worden? Hier wurde uns gesagt, nein, das wissen wir leider nicht. Für mich ist ein bisschen Schwach gewesen, dass ein Schreiben in die Welt gesetzt wird und dann immer gesagt wurde, nein, das wissen wir nicht genau, wie das zu bewerten ist. Dasselbe ist in dem Bereich des Personals gewesen. Uns wird vorgeworfen, wir haben 4,0 nach Meinung des Landkreises. Ja was denn, VbE oder Stellen? Das ist ja ein himmelweiter Unterschied. Auch da wusste man wieder nicht genau Bescheid. Dann ist von den Erhebungen seitens des Landes gesprochen worden. Nicht 3,9 ist richtig, sondern 3,5. Bei unserer Anhörung wurde auf einmal gesagt, das Land hat sich gemeldet und gesagt, für uns Gemeinden sei 4,0 richtig. Die Frage aber auch hier wieder, Stellen oder VbE? Auch das konnte wieder keiner beantworten. Hier ist also Klärungsbedarf. Der Städte- und Gemeindebund hat dem Innenminister sowohl unser als auch einige andere

Schreiben vorgelegt mit der Frage, wo die gemeindliche Selbstverwaltung bleibt? Wo ist unser Freiraum als Gemeinde noch gesichert? Der Innenminister fand es überprüfungsnotwendig und hat eine Überprüfung zugesagt. Spontan kam die Äußerung, dass im Bereich der freiwilligen Leistung für Landgemeinden ungefähr 4 % richtig wäre. Hier warte ich auf das, was jetzt schriftlich kommt. Uns dann aber aufgrund solcher unausgegorenen Sachen ein derartiges Schreiben hinzupfeffern, finde ich eigentlich schon fast unverfroren.

Abschließend würde ich gerne anregen, darüber nachzudenken, ob man manche Doppelangebote, die wir im Landkreis und in den Gemeinden haben, nicht fusionieren könnte und das man sie auf diese Weise etwas anders gestaltet. Als Beispiel möchte ich die zwei Musikschulen und die zwei Volkshochschulen nennen. Die einzige Bedingung müsste natürlich sein, dass solche Fusionen nicht dazu führen, dass man hinterher mehr dafür bezahlt, als jetzt insgesamt aufgebracht wird.

Mein Wunsch ist, wenn wir jetzt beschließen, dann muss es auch endlich mal eingehalten werden. Es muss ein Ende finden, dass man den Gemeinden in die Tasche greift. Und mein Wunsch in Richtung des Landtages ist, ändert das FAG an dieser Stelle. Keine Quergelder mehr, sondern klare Zuweisungen und damit klare Verantwortlichkeiten.

Herr Tögel wendet sich an Herrn Wiese und sagt, ich kann ja gut verstehen, dass Sie die Landtagsabgeordneten in die Pflicht nehmen bzw. kritisieren wollen. Ich versichere aber, dass sich die Vertreter des Landkreises Stendal aus den Koalitionsfraktionen in ihren Fraktionen und auch in den Ausschüssen natürlich massiv dafür eingesetzt haben, dass es hier keine gravierenden Benachteiligungen für die flächengroßen Landkreise gibt. Das ist uns sicherlich nicht voll umfänglich gelungen. Das ist klar. Wir haben eben leider im ländlichen Raum keine Mehrheiten quer über alle Fraktionen. Und es ist nun einmal in der Demokratie so, dass nur die eine Chance haben, entsprechende Beschlüsse umzusetzen, die eine Mehrheit hinter sich versammeln können. Wenn das alte FAG geblieben wäre, würde es uns wesentlich schlechter gehen. Nach dem alten FAG hätte der Landkreis weniger Zuweisungen erhalten. Das ist für mich der Hauptgrund gewesen, zuzustimmen. Der zweite Punkt, der uns jetzt hier auf die Füße fällt, ist nicht dass wir nach dem jetzigen FAG weniger Geld kriegen, sondern dass die Landkreise, die aus den hohen Steuereinnahmen in den Jahren Überzahlungen bekommen haben, diese Überzahlungen wieder an das Land zurückzahlen müssen. Hier ist es uns gelungen, die Rückzahlungsmodalitäten von zwei auf drei Jahre zu verlängern. Es ist natürlich ärgerlich, dass man zurückzahlen muss, weil der Eindruck entsteht, es gibt wesentlich weniger Geld. Da das FAG bisher von der Aufkommenseite her berechnet wurde, hat es eine nachfolgende Wirkung, weil immer die Vorjahre zur Grundlage gelegt werden. Durch die Wirtschaftskrise sind auch erhebliche Steuermindereinnahmen zu verzeichnen. Deswegen haben wir die Überzahlung, die der Landkreis u. a. zurückzahlen muss. Die Umstellung auf die aufgabenbezogene Förderung wird sich natürlich langfristig unabhängig vom Steueraufkommen auf die Kassen der Kommunen auswirken. Das betrifft die Städte wie auch die Landkreise, weil da nicht mehr nach dem Aufkommen, sondern tatsächlich nach den Aufgaben gerechnet wird. Dass das nicht zufrieden ist und das das FAG insgesamt unterfinanziert ist, das wissen wir im Land auch. Aber wir haben im Land genau das gleiche Problem, dass auch wir für unsere Aufgaben nicht ausreichend Geld haben. Wir müssen ebenfalls gucken, was zwischen Teufel und Beelzebub der bessere Weg ist und wie da gewählt werden kann. Ich habe die Hoffnung, dass der neue Landtag es im kommenden Jahr schafft, ein FAG zu stricken, was ab 2012 gelten soll, das die gravierendsten Benachteiligungen für die flächengroßen Landkreise aufhebt. Die Diskussion, die wir diesbezüglich mit dem Finanz- und dem Innenminister geführt haben, lassen mich zumindest hoffen, dass wir an dieser Stelle Nachbesserungen bekommen und sie sich in den flächengroßen Landkreisen aber auch in den Kommunen niederschlagen. Insofern bitte ich Herrn Wiese dafür ein bisschen um Verständnis. Wir sind hier nicht den Weg des geringsten Widerstandes gegangen. Und das ist, was ich für die Kollegen der CDU-Fraktion genauso in Anspruch nehme wie auch für die Vertreter des Landkreises der SPD-Fraktion.

Der Landrat möchte auf zwei konkrete Fragen eingehen: Herr Rettig hat die Problematik Verzinsung angesprochen. Wie es sich jetzt vom Zinsniveau darstellt, hatten wir in den 20 Jahren so noch nicht. Im Hause war es deshalb in den letzten Wochen immer wieder Gesprächsthema. Es ist eine Festlegung getroffen worden. Dazu gibt es ein entsprechendes Protokoll. Mein Vorschlag ist, die Problematik im Finanzausschuss ausführlich zu erläutern, a) wie die Situation ist und b) wie man denkt, zukünftig weiter vorzugehen.

Zum Schreiben der Kommunalaufsicht: In meinen 21 Jahren Kommunalpolitik bin ich seit 19 Jahren mehr oder weniger auch für die Kommunalaufsicht zuständig. Bisher habe ich es so gehandhabt, dass ich fachlich und inhaltlich die Kommunalaufsicht relativ selbständig agieren lassen habe. Dies auch aus der Tatsache heraus, dass es eine Aufgabe des übertragenen Wirkungskreises ist und wir an Weisungen der oberen und obersten Aufsicht

gebunden sind. Vor einigen Wochen haben Vertreter des Innenministeriums und des Landesverwaltungsamtes die Kommunalaufsicht des Landkreises aufgesucht. Mittlerweile weiß ich, dass das in mehreren Landkreisen stattgefunden hat. Man hat uns damit konfrontiert, dass wir hier die Zügel etwas straffer anziehen müssen. Frau Fürstenberg hat die Thematik im Wesentlichen mit mir ausgewertet und hat daraufhin dieses Schreiben entworfen, unterschrieben und rausgeschickt. Ich habe natürlich in den letzten Tagen hierüber sehr intensiv nachgedacht. Aber wäre es denn fair gewesen, wenn wir gewartet hätten, und wir hätten dieses Schreiben nächste Woche rausgeschickt? Im Gegenteil. Ich habe mich umgehend an den Geschäftsführer unseres Landkreistages gewandt, der Finanzexperte von den kommunalen Spitzenverbänden schlechthin ist. Er hat mir auch noch einmal ausdrücklich bestätigt, dass das völlig unrealistisch ist. Er hat mir versprochen, sofort Kontakt zum Städte- und Gemeindebund aufzunehmen und beim Innenministerium vorstellig zu werden, damit klare und realistische Verhältnisse geschaffen werden und nicht ein Mitarbeiter einfach eine Zahl festlegt. Diese 1 % in diesem Jahr sind nirgendwo dokumentiert und hat keiner bestätigt.

Frau Kunert hat das Schreiben der Kommunalaufsicht hier. Sie bezieht sich jetzt auf dieses 1 Prozent und zitiert wie folgt: „Erst wenn dieser Wert unterschritten wird, kann davon ausgegangen werden, dass die Lebensfähigkeit der Gemeinden nicht mehr gegeben ist.“ Frau Kunert meint, ich lese das so, als wenn es um der Gemeinde Willen selbst geht und nicht um die Aufgaben, die wir in den Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger vorhalten wollen. Dann finde ich es fatal, wenn so ein Schreiben aus einer kreislichen Behörde kommt, die ja eigentlich so nahe an diesen Aufgaben ist. Dem Landrat ist nahegelegt worden, das Schreiben zurückzuziehen. Das halte ich auch für vernünftig.

Zur Thematik Verzinsung will ich etwas sagen, weil wir hier etliche neue Kreistagsmitglieder haben. Der Landkreis Stendal hat über seine Gebührensatzung als Bestandteil der Abfallgebühr eine Position festgelegt, in der über die Jahre Gelder für die Rekultivierung von Deponien angesammelt wurden. Und da Kultivierung sehr teuer ist, hat man gesagt, man macht das über einen ganzen Zeitraum. Es gab mal eine Studie, wie viel das kosten soll. Nun ist es so, dass ein Teil der Deponierückstellungen bei der ALS sind. Diese Gelder sind auch mittelfristig zu guten Konditionen angelegt. Sicherlich auch noch aus einer anderen Zeit. Ein Teil dieser Deponierückstellungen liegen beim Landkreis. Haushaltsrechtlich ist es möglich und völlig in Ordnung, dass die Gelder, die beim Landkreis liegen, im Haushalt mit verbraucht werden. Zum einen ist aber für das Geld Zinsen zu zahlen, wenn der Landkreis sich Geld daraus nimmt und zum anderen ist es ordentlich zu verzinsen, wenn das Geld weiter beim Landkreis liegt, weil das Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler eingezahlt haben. Und wenn man jetzt hört, dass das Geld mit 0,9 % verzinst wird und man will sehen, dass es 0,5 % mehr gibt am Geldmarkt, dann frage ich, wer diese Entscheidung hier trifft? Es geht hier um Geld der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Ich will auf die Brisanz hinweisen. Sie wissen, dass ich mich über die Jahre immer viel damit beschäftigt habe. Ich will auf die Internetseite [www.tagesgeld.de](http://www.tagesgeld.de) verweisen. Hier sind die Zinssätze der einzelnen Geldinstitute aufgeführt. Ich will, dass in dieser Frage hier Transparenz herrscht. Das bedeutet, dass Sie uns ganz genau vorlegen, zu welchen Zinsen die Rekultivierungsrückstellungen verzinst werden sollen und wie viel Geld raus genommen wird. Es ist Bestandteil des Haushaltes. Also hat auch der Kreistag festzulegen, mit welchem Zinssatz wir heran gehen. Ich weiß um die Situation dieses Haushaltes. Aber das kann nicht Grund sein, dass wir sagen, wir verzinsen es nur mit 0,9 %.

Frau Braun stimmt Frau Kunert zu. Ich halte das auch für sehr brisant, weil es der Gebührenzahler eingezahlt und ein Recht auf Transparenz und auf anständige Verzinsung hat. Allerdings sage ich auch, dass ich nicht in der europäischen Union unsere Werte hier anlegen möchte, denn wo man heute am meisten Zinsen bekommt, das kann morgen schon wieder weg sein. Mir ist es viel lieber, dass der Landrat beauftragt wird, mit der Kreissparkasse, deren Gewährträger wir sind, die mögliche Kondition von 1,1 oder 1,2 % auszuhandeln. Das muss bei der Summe drin sein. Dann haben wir alle etwas davon und ist auch sicher angelegt. Ansonsten stimme ich aber Frau Kunert bzgl. der Verfahrensweise zu.

Zum Schreiben der Kommunalaufsicht: Als Gemeindevertreterin war ich ja in der Vergangenheit auch öfters mal mit der Kommunalaufsicht in Clinch. Hier ging es immer um die freiwilligen Leistungen und um die Haushalte der Gemeinden, die ausgeglichen sind, die ausreichend Rücklagen haben und dennoch kritisiert wurden. Das habe ich als Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung bezeichnet. Ich stehe auch dazu. So kann es nicht gehen. Im Umkehrschluss wird jetzt gesagt, die obere Aufsicht macht diesen Druck. Wir sind immer noch in kommunaler Selbstverwaltung. Auch der Landkreis. Welche Spielräume haben wir überhaupt, wenn wir nicht das bisschen, was wir noch können, an den Bürger weiter geben und damit unsere Selbstverwaltung politisch gestalten wollen. Ich bin der Meinung, man muss auch mal Kante zeigen, man muss auch mal konsequent sein. Man muss gegensteuern. Man sollte sich so etwas nicht bieten lassen. Wenn der Kreistag hinter dem Landrat in dieser

Frage steht, dann kann er doch mit Fug und Recht dieses Schreiben zurück ziehen und beim Landesverwaltungsamt Beschwerde über diesen unverhältnismäßigen Eingriff führen. Dazu fordere ich Sie auf, Herr Landrat.

Herr Kühnel wendet sich an den Landrat und sagt, wenn Sie die Kommunalaufsicht relativ selbständig arbeiten lassen, ist das Ihr Leitungsstil. Sie sind aber dafür verantwortlich. Und das ist letztendlich das Entscheidende. Die letzten 3 Jahre sind wir immer darüber enttäuscht gewesen, dass das Landesverwaltungsamt auf keine unserer Vorschläge, die gar nicht so schlecht waren, eingegangen ist. Sie haben sich immer auf Regularien berufen und waren immer glashart. Wir mussten den Auflagen folgen. Deshalb verstehe ich nicht, wenn eine Delegation bei uns aufschlägt und Frau Fürstenberg davon überzeugt, dass der Landrat bzw. die Kommunalaufsicht so ein Schreiben raus schickt. Das ist für mich nicht nachvollziehbar. Es interessiert hier überhaupt niemanden, warum Frau Fürstenberg das gemacht hat, sondern ich erwarte einfach, dass Sie das Schreiben zurück nehmen und sagen, über die Höhe entscheide ich dann, wenn eine Verordnung oder ein Dokument vorliegt. Nicht aber, wenn ein paar Leute hier aufschlagen. Das geht so nicht. Der Hauptmann von Köpenick ist auch irgendwo aufgeschlagen und mit der Kasse abgehauen. Für mich ist das keine Begründung.

Weitere Wortmeldungen bestehen nicht.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage 190/2010 - Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2011 sowie Weiterführung der Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen - abstimmen.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja 19 Nein 9 Enthaltung 6*

**zu TOP 7    Aufhebung des Kooperationsvertrages der Kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur  
Zusammenarbeit im Elbetal (KAG)  
Vorlage: 200/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Stapel will namens seiner Fraktion noch einpaar Worte zu dieser Vorlage sagen. Und die beziehen sich nicht in der Sache, aber im Grundsätzlichen auch gleich mit auf die nächste Vorlage. Zwischen beiden gibt es ja große Unterschiede. Aber man wird gleich merken, dass das, was ich sagen will, sich auf beide bezieht.

Eigentlich müsste man beide Vorlagen ablehnen und stattdessen für weitere Versuche in der jeweiligen Zusammenarbeit werben. Jedenfalls dann, wenn man meint, Tourismus z. B. sei eine wichtige Angelegenheit in unserer Region, weil viel anderes eben auch nicht vorhanden ist. Aus unserer Sicht ist diese Zusammenarbeit mit den benachbarten Kreisen ziemlich wichtig und könnte mehr Potentiale erschließen. In der DS 200/2010 ist von intensiver und erfolgreicher Zusammenarbeit die Rede. Es hat eine Vielzahl von Projekten gegeben. Und da kommt die Frage, warum das nun aufhören soll? Schon das macht eine Zustimmung schwierig. Meine Fraktion wird deshalb wohl nicht geschlossen beiden Vorlagen zustimmen.

Es bleiben noch einpaar Fragen. Ich will nur zwei Beispiele nennen, um es hier nicht auszudehnen. Zwar ist ausgeführt, was gemacht wurde und das das auch alles etwas kostet. Es fehlt jedoch so etwas wie eine Kosten-Nutzen-Rechnung. Vielleicht hätte sie bewirkt, dass die drei Landgesellschaften den Rahmenvertrag nicht gekündigt hätten. Das weiß man natürlich nicht, aber soweit mir bekannt ist, ist die Möglichkeit jedenfalls nicht angegangen worden. Außerdem wären wir jetzt nicht darauf angewiesen zu glauben, dass diese Zusammenarbeit mehr oder weniger kostet als sie bringt. Es gibt eine zweite wichtige Frage: Vielleicht wäre es nicht zu den Kündigungen gekommen, die wir ja nicht ausgesprochen haben, sondern andere, hätten sich die Kreistagsmitglieder mit ihren jeweiligen Parteifreunden in den anderen zuständigen Gremien verabreden können. Sicher gab es etwas Zeit. Aber aus meiner Sicht hat die nicht gereicht, um nun noch etwas zu unternehmen. Es wäre auch gut, wenn wir in Zukunft eher über solche Kündigungen oder was da vor sich geht, informiert würden, um z. B. solche Wege noch zu gehen, wenn wir das dann wollen. Ich weiß nicht, wie es in anderen Fraktionen ist. Aber wir hätten das sicher versucht.

Bleibt also die Hoffnung, dass aus der beabsichtigten weiteren Zusammenarbeit ohne Vertrag und ohne Struktur, wie es am Ende der Begründung in der Vorlage 200/2010 dargestellt ist, recht bald wieder mehr wird. Ich habe mir vorgenommen, im Umweltausschuss und auch im Wirtschaftsförderungsausschuss immer mal wieder

nachzufragen. Selbst wenn es heute zur jetzt nötigen Zustimmung zu beiden Vorlagen kommt, sollte das letzte Wort damit in diesen beiden Angelegenheiten nicht gesprochen sein.

Zur Vorlage bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 1 Enthaltung 5*

**zu TOP 8 Auflösung des Zweckverbandes "Naturpark Colbitz- Letzlinger Heide"**  
**Vorlage: 201/2010**

Der Vorsitzende verweist darauf, dass Herr Stapel im vorherigen Tagesordnungspunkt zur jetzigen Vorlage bereits mit gesprochen hat.

Er bittet um Wortmeldungen zur Vorlage.

Frau Theil erklärt u. a., dass am gestrigen Tage noch einmal die Zweckverbandsversammlung getagt hat. Im Juni d. J. sind durch den Kreistag Verbandsvertreter neu benannt worden, die die Auflösung vornehmen. In der gestrigen Versammlung haben wir uns natürlich auch noch einmal gefragt, warum und musste es soweit kommen? Wir sehen es auch so, dass dadurch ein Stückchen Chance für die Regionalentwicklung, die wir in dieser Zusammenarbeit gefunden hätten, verloren geht. Die Situation ist aber hier ein bisschen anders gewesen. Voraussetzung war eine Naturparkverordnung durch das Land, die nicht erfolgt ist. Vor 11 Jahren, als ich hier Beigeordnete wurde, war einer meiner ersten Termine eine große Konferenz in Gardelegen, an der die damalige Ministerin für Raumordnung und Umwelt LSA Frau Häußler teilnahm und sich sehr bemüht hat, alle Gemeinden mit ins Boot zu nehmen. Es ist über die Jahre nicht gelungen. Das Ministerium hat festgelegt, dass eine Verordnung nur dann erfolgt, wenn ein Konsens mit allen Anrainergemeinden gefunden wird. Und den gibt es nicht. Und das ist eigentlich der Hintergrund.

Weitere Wortmeldungen bestehen keine.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 6*

**zu TOP 9 Resolution zum Referentenentwurf des Kreislaufwirtschaftsgesetzes**  
**Vorlage: 202/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Stapel sagt, meine erste Reaktion zum Referentenentwurf war, wie man nur auf so etwas kommen kann, was da alles in diesem Papier steht. Die Frage war ein bisschen rhetorisch. Ich hätte aber doch ganz gerne die Gründe gewusst und auch die Begründungen, damit ich sie dann aus meiner Sicht ad absurdum führen kann. Die fehlen mit der vorliegenden Vorlage.

Meine Fraktion wird dieser Vorlage zustimmen und unterstützt die Resolution mit Vehemenz. Ich hoffe, das geht den anderen auch so. Und was ich aus den Ausschüssen weiß, ist das so. Es erhebt sich aber auch die Frage, ob eine Resolution ausreicht? Die zweite Frage ist, was man noch tun kann und tun müsste, um solchen Unfug vom Tisch zu kriegen. Deshalb meine Bitte an die lieben Kollegen weiter oben im Land, im Bund und in Europa und die anderen Fraktionen über ihre Parteien, mit diesen Kollegen zu sprechen, damit so etwas weg kommt. Die CDU ist natürlich besonders gefragt, weil es nun mal aus dem Röttgen-Ministerium kommt. Versuchen Sie es. Es wäre wirklich furchtbar, wenn der Referentenentwurf zum Gesetz wird.

Weitere Wortmeldungen zur Vorlage bestehen nicht.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1*

**zu TOP 10 Geschäftsordnung des Kreistages Stendal**  
**Vorlage: 207/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Herr Raden verweist auf den § 2 Absatz 5, vorletzter Satz. Hier steht: „Über Ausnahmefälle entscheidet der Vorsitzende des Kreistages mit dem Landrat.“ Herr Raden ist der Auffassung, da über die Tagesordnung beide im Einvernehmen entscheiden, müsste es auch hier im § 2 im Einvernehmen mit dem Landrat heißen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen zur Vorlage.

Der Vorsitzende lässt sodann über die Vorlage, einschließlich der genannten Änderung im § 2 Absatz 5, vorletzter Satz, abstimmen.

*einstimmig beschlossen*

**zu TOP 11 Entsendung eines neuen Vertreters des Landkreises Stendal in die Gesellschafterversammlung der Gesellschaft für Arbeitsförderung und Sanierung des Landkreises Stendal mbH (GfAuS)**  
**Vorlage: 203/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Es bestehen keine Wortmeldungen zur Vorlage.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1*

**zu TOP 12 Örtlicher Beirat der gemeinsamen Einrichtung im Landkreis Stendal**  
**hier: Benennung von Mitgliedern des Kreistages in den ehrenamtlichen Beirat (ARGE-Beirat/Jobcenter) - Austauschvorlage -**  
**Vorlage: 209/2010**

Der Vorsitzende bittet um Wortmeldungen.

Zur Vorlage bestehen keine Wortmeldungen.

*mehrheitlich beschlossen*

*Ja mehrheitlich Nein 0 Enthaltung 1*

**zu TOP 13 Anfragen und Hinweise**

Es bestehen keine Anfragen und Hinweise.